



der Lagergemeinschaft Dachau e.V.

Nr. 47/2018

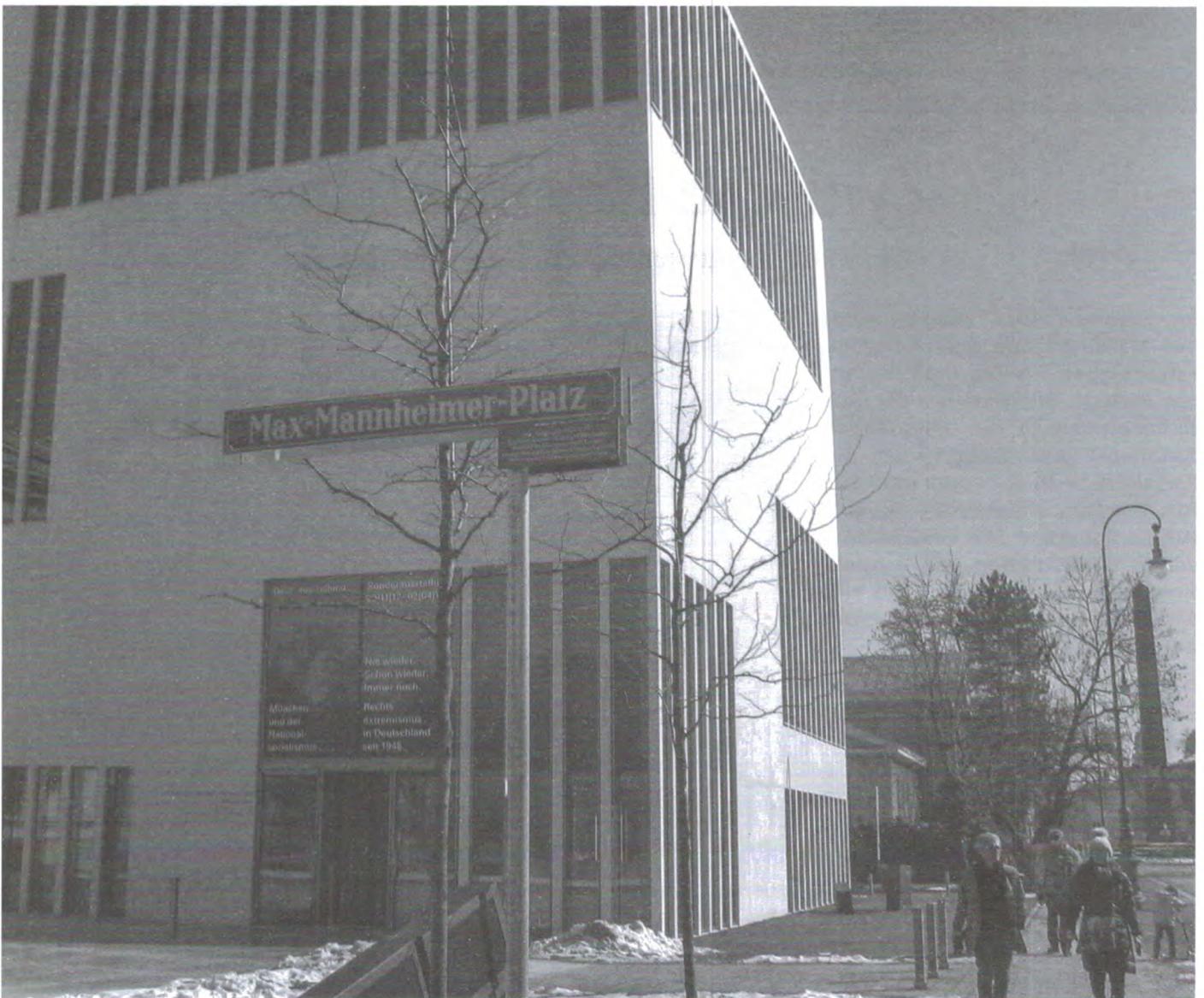


FOTO: ANTONI

Eine Tafel unter dem Straßenschild informiert über den Namensgeber: „Max Mannheimer (6. Februar 1920 - 23. September 2016), Kaufmann, Künstler, Holocaust-Überlebender, Präsident der Lagergemeinschaft Dachau, Vizepräsident des Internationalen Dachau-Komitees, Mitinitiator des NS-Dokumentationszentrums“. Die feierliche Platz-Benennung vor dem Münchner NS-Dokumentationszentrum fand an dem Tag statt, an dem Max Mannheimer 98 Jahre alt geworden wäre. Die bayerische Landeshauptstadt hat mit diesem Erinnerungsort an den unermüdlichen Aufklärer Max Mannheimer ein wichtiges Zeichen gesetzt.

Gedenkfeierlichkeiten

73. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers am Sonntag, **29. April 2018** in der **KZ-Gedenkstätte Dachau**

- 09:30 Uhr Ökumenischer Gottesdienst im Karmel Heilig Blut;
Russisch-orthodoxer Gottesdienst in der Auferstehungskapelle
- 09:45 Uhr Gedenkfeier des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden
in Bayern vor der jüdischen Gedenkstätte
- 10:45 Uhr Gedenken vor dem ehemaligen Krematorium
- 11:30 Uhr Gedenkfeier auf dem ehemaligen Appellplatz
- 13:00 Uhr Gedenkstunde am Gedenkort ehemaliger SS-Schießplatz Hebertshausen
- Ab Mittag Internationaler Tag der Begegnung im Max-Mannheimer-Haus,
Roßwachtstr. 15, 85221 Dachau

Zynische Himmelsnähe

Geschichtsvergessenheit am Beispiel Kempten

Im Sommer 1943 wurden etwa 100 Häftlinge aus dem Konzentrationslager Dachau nach Kempten verlegt. Sie mussten die Textilmaschinen in der ehemaligen Spinnerei und Weberei an der Keselstraße 14 abbauen, um Platz für den Rüstungsbetrieb Sachse KG zu schaffen. Die Gefangenen waren direkt neben den Produktionsanlagen in einem Teil der Sheddachhalle am linken Illerufer untergebracht.

Die Firma Sachse gehörte zu 50 Prozent BMW und fertigte Kommandogeräte für die Motoren von Jagdflugzeugen. Bald waren hier 500 bis 700 Häftlinge beschäftigt. Ab 1944 wurden sie teilweise in der nahen Tierzuchthalle untergebracht.

Dieses Außenlager war mit Stacheldraht umgeben und hatte Wachtürme aus Holz. Auch hier galt die Lagerordnung.

Prügel und Exekutionen

Es gab die Prügelstrafe und bekannt sind Exekutionen nach Sabotageverdacht. Nicht bekannt sind Opferzahlen. Wenn Häftlinge in einem schlechten Gesundheits-



Eines der Plakate am Bauzaun

zustand waren – schon alleine wegen der mangelnden Ernährung – wurden sie zurück nach Dachau überstellt.

In jüngster Zeit wurde die Halle entkernt, erhalten blieben aus Denkmalschutzgründen die Außenmauern. Darin sollen nun Luxuswohnungen entstehen, wie man dem abgebildeten Plakat der Rhomberg Bau GmbH entnehmen

kann. Ein anderes wirbt mit „himmlichen Aussichten inklusive“.

Man muss nicht besonders gläubig sein, um die Ankündigung von Himmelsnähe als zynisch zu empfinden. Ein abstoßendes Beispiel von Geschichtsvergessenheit. An diesem Ort muss in geeigneter Form an die Nazibarbarei erinnert werden. Da muss eine Gedenktafel her!



FOTO: CHRISTA SPENCER

Info-Tafel am Schuleingang

Nach dem ehemaligen Häftling im Konzentrationslager Dachau Nikolaus Lehner ist seit 2014 die Staatliche Berufsschule in Dachau benannt. Seither bemühen sich Schulleiter, Lehrer und Schüler nach Kräften, die Erinnerung an den Holocaust-Überlebenden wachzuhalten, der nach der Befreiung in der Stadt geblieben war, mit einer Auschwitz-Überlebenden eine Familie gegründet und einen Holzverarbeitungsbetrieb geleitet hatte.

Nikolaus Lehner, 1923 im rumänischen Ort Sighet geboren, wurde 1944 ins Konzentrationslager

Verantwortung für heute

Dachauer Nikolaus-Lehner-Schule setzt Zeichen

Dachau verschleppt. Seine Eltern und zwei seiner Geschwister wurden in Auschwitz ermordet. Bis zu seinem Tod im Alter von 81 Jahren im Jahr 2005 war Lehner aktiv und engagiert – als Zeitzeuge und Mahner in seiner Heimatstadt und darüber hinaus und nicht zuletzt als Mitinitiator einer Jugendbegegnungsstätte in Dachau. Er wirkte, so lange es ihm gesundheitlich möglich war, auch in der Lagergemeinschaft Dachau mit, einige Jahre auch als Stellvertreter von Präsident Max Mannheimer.

In diesem Jahr würde Nikolaus Lehner 95 Jahre alt. Seit die Staatliche Berufsschule seinen Namen trägt, ist man dort vielfältig bemüht, die Erinnerung an den Namensgeber aufrecht zu erhalten und in seinem Sinne auf verschiedenen Ebenen aufzuklären und sich gesellschaftlich zu betätigen.

Sowohl im Internet auf der Website der Schule (www.berufsschule-dachau.de) als auch im Eingangsbereich des Gebäudes informieren ein Porträtfoto und biographische Hinweise über Nikolaus Lehnens Leben und Wirken. Darüber hinaus gibt es aber auch immer wieder inhaltliche Veranstaltungen, die Wissen über die Verfolgung

gen in der NS-Zeit vermitteln und zum Nachdenken über Konsequenzen daraus für heute anregen wollen. So etwa im vergangenen Jahr eine von Schülern vorbereitete und gestaltete Gedenkfeier an die Opfer der Pogromnacht vom November 1938.

Regelmäßig finden Führungen für Schüler in der KZ-Gedenkstätte Dachau statt, daneben Zeitzeugengespräche mit Vor- und Nachbereitungen. Und ein Aktualitätsbezug für unsere Gegenwart besteht – sicherlich ganz im Sinne von Nikolaus Lehner – durch das Engagement der Dachauer Staatlichen Berufsschule im Netzwerk von „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“.

Deshalb ist auch auf der Tafel am Schuleingang und im Internetauftritt der Schule dieses Zitat von Nikolaus Lehner aus dem Jahr 1989 zu lesen: „Die jungen Menschen von heute tragen schon jetzt Verantwortung. Nicht erst morgen, wie es häufig gesagt wird. Ihr Engagement bildet das Fundament für die Zukunft der Gesellschaft. Unsere Aufgabe besteht darin, dieses Engagement und diese Verantwortungsbereitschaft zu unterstützen.“

C.S./E.A.

Thema Allach bleibt aktuell

Würdiger Gedenk- und Dokumentationsort muss entstehen

Bei der Präsidiumssitzung der Lagergemeinschaft Dachau Ende Februar war Schwerpunktthema das weitere Vorgehen in Sachen Allach-Ludwigsfeld. Bereits im Vorfeld der feierlichen Beisetzung der zwölf Skelette, die auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers gefunden worden waren, auf dem Dachauer Waldfriedhof am 15. Dezember 2017 hatte die Lagergemeinschaft „mit großer Eindringlichkeit“ gefordert, dass auf dem Außenlager-Gelände, „an dieser Stätte des menschenverachtenden Wirkens des NS-Regimes ein Lehr- und Erinnerungsort geschaffen wird, der den Opfern ein würdiges Gedenken sowie den Hinterbliebenen einen räumlich

zugeordneten angemessenen Trauerort gibt.“ Kontrovers diskutiert wurde nun im Präsidium, ob das Festhalten an bzw. die Neuformulierung einer Strafanzeige wegen „Störung der Totenruhe“ angesichts der erfolgten Umbettung der sterblichen Überreste weiterhin eine adäquate Maßnahme ist. Dies konnte nicht endgültig geklärt werden, auch, weil hier noch juristischer Beratungsbedarf besteht. Allgemeine Einigkeit gab es jedoch darüber, dass unabhängig davon die Forderung nach einem angemessenen Gedenk- und Dokumentationsort dort, wo einst dieses Werks-Konzentrationslager des damaligen BMW-Rüstungsbetriebs bestanden

hatte, auf der Tagesordnung bleiben muss. Wichtige Anregungen für Möglichkeiten, solch eine Stätte zu schaffen und zu gestalten, enthielt ein Gastvortrag von Dr. Jochen Ramming vom Kulturbüro „Frankonzept“ Würzburg, das eine ausführliche „Machbarkeitsstudie für einen Dokumentationsort zum ehemaligen KZ-Außenlagerkomplex München Allach“ entwickelt hat. Als Gäste nahmen an der Sitzung auch Dr. Gabriele Hammermann, Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau und Dr. Sabine Schalm vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München teil. Vorläufiges Fazit der Gespräche: Dranbleiben!

Ernst Antoni

Zivilcourage gewürdigt

Georg-Elser-Preis der Landeshauptstadt München an Ernst Grube

Am 7. November 2017 bekam Ernst Grube, Präsident der Lagergemeinschaft Dachau, den „Georg-Elser-Preis für Zivilcourage“ der Stadt München überreicht. Der Saal des NS-Dokumentationszentrums fasste nicht alle, die noch hätten dabei sein und den Preisträger durch ihre Anwesenheit ehren wollen.

Eine prominent besetzte Jury hatte die Wahl getroffen. Der Stadtrat der Landeshauptstadt war der Empfehlung gefolgt und nun verlieh die Münchner Bürgermeisterin Christine Strobl den Preis, nachdem sie und Kulturreferent Hans-Georg Küppers einleitend Leben und Werk des Preisträgers in bewegenden Worten gewürdigt hatten. Dies wurde anschließend in der Laudatio des Historikers Dr. Jürgen Zarusky noch vertieft, der Ernst Grube nicht zuletzt durch intensive gemeinsame Arbeit im Förderverein für Internationale Jugendbegegnung und Gedenkstättenarbeit in Dachau seit langem kennt.

Alle RednerInnen stellten den Bogen her zwischen zentralen Erlebnissen und Erfahrungen von Ernst Grube, beginnend mit seiner Kindheit, als von früh an in München verfolgtes Kind einer jüdischen Mutter. Da war sein Miterleben des Abrisses der Hauptsynagoge im Sommer 1938 und anschließend der Verlust der Wohnung, die der Jüdischen Kulturgemeinde gehörte und von den Nazis enteignet wurde. Es blieb den Eltern als einzige Wahl, die drei Kinder Werner, Ernst und Ruth in das jüdische Antonienheim zu geben. Dort waren sie zunächst gut aufgehoben.

Doch dann begannen ab 1941 die Deportationen von immer mehr Kindern. Nach der Schließung des Heims wurden die Grube-Kinder in Zwangsghettos für Juden in München, zunächst nach Milbertshofen, dann nach Berg-am-Laim verlegt. 1943 konnten sie noch einmal zu den Eltern zurückkehren. Ohne den Vater, der trotz Bedrohung durch die Gestapo fest zu Frau und Kindern stand, wäre das nicht möglich gewesen.

Dann aber wurden Mutter und Kinder im Februar 1945 deportiert. Sie standen schlimme und bange Monate in Theresienstadt durch. Die Befreiung durch die Rote Armee war ein riesiges Glückereignis für sie. Endlich im Juli 1945 konnten sie wieder nach München zum Vater zurückkehren. Das jedoch wurde überschattet durch die allmählich eintretende Gewiss-



FOTO: GERLINDE DÜNZINGER

Kulturreferent Hans-Georg Küppers

heit, dass die Schwestern der Mutter und andere Verwandte, um die sie so sehr gebangt hatten, ermordet worden waren.

Mit großer Energie konnte Ernst Grube die ihm jahrelang von den Nazis verweigerte Schulbildung fortsetzen. Sein beruflicher Werdegang ging von einer Malerlehre beim Vater über den späteren Aufbau eines eigenen Malergeschäfts dann zusätzlich zu Abitur, Studium, Tätigkeit als Berufsschullehrer... Resultierend aus seinen Erfahrungen aus der Verfolgung fand er seine politische und soziale Zugehörigkeit in Gewerkschaft, FDJ und KPD, später DKP, in der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) und der Friedensbewegung. Aus Gründen, über die man heute nur noch den Kopf schütteln kann, kam er unter dem heftigen bundesrepublikanischen Antikommunismus zweimal ins Gefängnis. Insgesamt für anderthalb Jahre. Aber auch das hat ihn nicht von seiner humanistisch-politi-

schen Arbeit abbringen können. So ist er bis heute unermüdlich in zahlreichen Gremien und Institutionen der Erinnerungsarbeit tätig, hält viele Vorträge und Gespräche in Schulen und an anderen Orten.

Kulturreferent Hans-Georg Küppers wies auf den Namensgeber des Georg-Elser-Preises hin und betonte, dass der Hitler-Attentäter in München über Jahrzehnte verkannt und vergessen worden sei. Inzwischen werde seine Tat als Vorbild für Zivilcourage und Aufstehen gegen Diktatur anerkannt. Dann würdigte er den Einsatz von Ernst Grube für die Demokratie und eine solidarische Gesellschaft, sein Warnen vor Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus, was nachhaltig beeindruckte, ebenso sein Aussprechen unbequemer Wahrheiten. „Er handelt nach dem Motto: Erinnerung allein tut nichts. Er ist hart in der Sache, aber immer gesprächsbereit.“

Bürgermeisterin Christine Strobl hob hervor: „Ernst Grube setzt sich immer für demokratische Verhältnisse ein. Er ist eine unbequeme Persönlichkeit, die es anderen manchmal nicht leicht macht, auch der Stadt München.“ Aber es ginge ja darum, zu seinen Grundüberzeugungen zu stehen. Dass die VVN, in der er, getragen von seinen Erfahrungen, Mitglied ist, „immer noch im Fadenkreuz des Verfassungsschutzes steht,“ sagte die Bürgermeisterin, „ist etwas, das sich doch allmählich mal ändern sollte.“ Und dass Grube als Träger der Medaille ‚München leuchtet‘ namentlich im Verfassungsschutzbericht genannt wurde, sei zwar vorbei, aber: „Warum hat er das alles auf sich genommen? Es waren seine Erfahrungen unter dem Nationalsozialismus, die ihn zum politischen Menschen gemacht haben, und hierher stammt sein lebenslanger Auftrag.“

„Ein schwarzer, bleierner Schatten lag über der Kindheit von Ernst Grube“, so Jürgen Zarusky in seiner Laudatio. Aber davon habe Ernst Grube sich nicht erdrücken lassen, sondern ziehe bis heute Konsequenzen daraus und weise hin auf Kontinuitäten,

Freude, Mahnung, Einspruch...

Aus Ernst Grubes Dankesworten zum Elser-Preis



FOTO: GERLINDE DUNZINGER

Bürgermeisterin Christine Strobl und der Preisträger

Ungerechtigkeit, Unterdrückung. Er zeige „Schneid, sich so als Antifaschist in den allgemeinen Wind zu stellen“. Das KPD-Verbot habe seinerzeit wesentlich dazu gedient, unbequeme Wahrheiten, wie Ernst Grube sie vertreten hat und zu denen er bis heute steht, beiseite zu schieben. Im Verfassungsschutzbericht als Linksextremist geführt worden zu sein, bis öffentliche Aufschreie sich dagegen wandten, was heiße das denn? Zarusky: „Ist Ernst Grube ein Extremist? Ich glaube ja. Er ist extrem sensibel, wo er den alten Nazi-Ungeist oder neues Unrecht am Werk sieht.“

Anschließend dankte Ernst Grube. „Mal wieder habe ich das letzte Wort“, begann er scherzhaft. Am Ende bekannte er, gerührt zu sein über die Preisverleihung und die erfolgten Ehrungen. Was er dazwischen ausführte, auch an Unbequemem, sei im Folgenden mit einigen Auszügen aus seiner Dankesrede dokumentiert.

Jürgen Müller-Hohagen

Die sich des Vergangenen nicht erinnern, sind dazu verurteilt, es noch einmal zu erleben
Santanyana

„Diese Preisverleihung bestärkt hoffentlich auch all diejenigen, die ausdauernd arbeiten für soziale Gerechtigkeit, gegen Militarismus, Antisemitismus, Rassismus und jegliche Menschenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft. Die trotz großer Mühen und oftmals auch Anfeindungen weiter dranbleiben. Zum Beispiel die Fachstelle für Demokratie der Stadt München, die kürzlich mit drei wissenschaftlichen Gutachten untermauerte, was augenfällig war: Nämlich, dass der so genannte Amoklauf vom Juli 2016 am Olympia-Einkaufszentrum ein rechtsterroristischer Anschlag war. Gerade nach dem nun 37 Jahre dauernden, äußerst schwierigen Kampf um die Aufklärung des Oktoberfestattentats und der NSU-Mordserie war dies unerlässlich. Für eine demokratische Gesellschaft ist es lebensnotwendig, dass Unrecht und Verbrechen klar benannt, aufgeklärt und geahndet werden.“

Das gilt auch, wenn im Mittelmeer oder in der Sahara Menschen auf dem Weg in ein besseres Leben aufgehalten werden und sterben. Wenn wir aufhören, uns gegen die Verletzung von Humanität und Menschenrechten zu stellen, wenn wir die Zerstörung von Asylrecht und Flüchtlingsschutz schön reden lassen, geben wir die Errungenschaften der Befreiung von Faschismus und Krieg preis.

„Mein Unverständnis äußern“

Bei aller Freude über den Georg Elser Preis, den Sie mir, werte Stadträtinnen und Stadträte heute verliehen haben, komme ich nicht umhin, mein Unverständnis zu zwei Vorgängen zu äußern.

Nach wie vor dürfen „Stolpersteine“, die für mich und viele Bürger eine wichtige Form des Gedenkens und des Mahnens, sind, nicht auf öffentlichem Grund in München verlegt werden. Sicher gibt es viele Möglichkeiten des Erinnerns.

Bisher missachtet die Stadt München ausgerechnet dieses Anliegen von Tausenden Bürgerinnen und Bürgern und verbietet die Verlegung auf öffentlichem Grund. Dieses Verbot muss aufgehoben werden – im Interesse eines aktiven, individuellen Gedenkens an alle Opfer des NS-Regimes, so wie es tausendfach würdevoll in Europa praktiziert wird. (...)“

Und: „Weil im Münchner Rathaus Kritik an der Siedlungs- und Besatzungspolitik der israelischen Regierung unter Antisemitismus-Verdacht geraten ist, sollen keine kommunalen Räume mehr für kritische Sichtweisen zur Verfügung gestellt werden. Dieser absurde Vorwurf trifft jetzt nicht nur die jüdisch-palästinensische Dialoggruppe, sondern auch die Humanistische Union. Auch ich fühle mich getroffen und des Antisemitismus verdächtigt.“

Es mag mühsam und unbequem sein: Verständigung, auch die Klärung von Missverständlichem, kommt nur über die respektvolle Auseinandersetzung, unter Einbeziehung der Rechte und Interessen aller zustande. Der Münchner Stadtrat sollte alles tun, um den Dialog für eine gerechte und friedliche Lösung des Nahost-Konfliktes auch in München zu fördern. Lebendige Demokratie verlangt, dass wir unseren Verstand und Realitätssinn einsetzen, die Wirklichkeit ergründen, um sie zum Besseren zu verändern. – Ich danke Ihnen nochmal für den Preis und Ihre Aufmerksamkeit.“

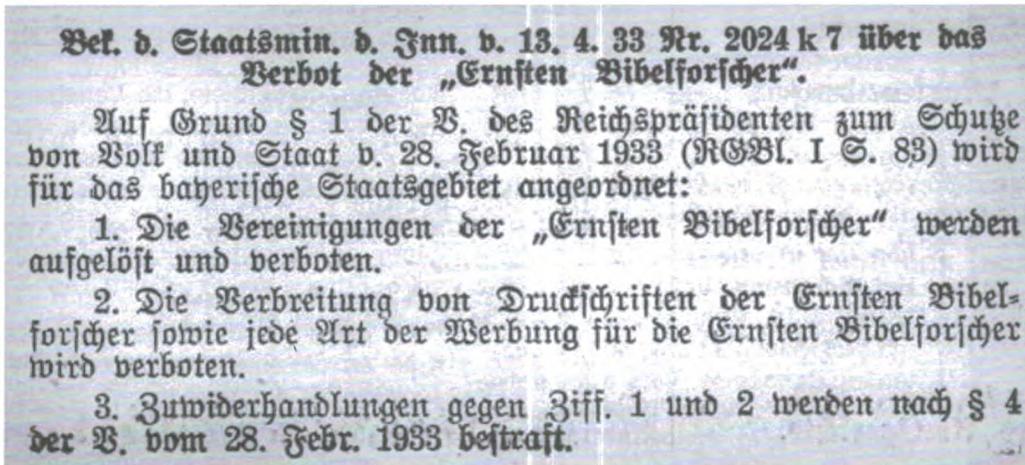


FOTO: GERLINDE DUNZINGER

Ernst Grube und seine Frau Helga Hanusa im Gespräch mit Dr. Jürgen Zarusky

Die Häftlinge mit dem lila Winkel

Zeugen Jehovas: Proteste gegen heutige Repressionen in Russland



Am 13. April 1933 wurden die „Ernstten Bibelforscher“ – heute als Zeugen Jehovas bekannt – auf dem bayerischen Staatsgebiet verboten. Ende 1933 gehörten sie bereits zu den Gefangenen im Konzentrationslager Dachau.

Nach dem Krieg wurde die Religionsausübung der Zeugen Jehovas sowohl in West- als auch in Ostdeutschland wieder erlaubt. In der DDR wurde dann jedoch ihre Betätigung im August 1950 mit der Begründung verboten, dass sie „Boykotthetze gegen die demokratischen Einrichtungen“ betrieben hätten und Mitglieder der Religionsgemeinschaft „Spione einer imperialistischen Macht“ seien.

In der UdSSR wurden unter der stalinistischen Herrschaft Zeugen Jehovas verfolgt und Angehörige der Gemeinschaft in die Gulags nach Sibirien deportiert. Erst in den 1980/90er Jahren verbesserte sich die Lage der Angehörigen dieser Gemeinschaft. Mit dem Mauerfall und der „Wende“ in der DDR wurden Zeugen Jehovas im März 1990 auf dem Gebiet der DDR wieder staatlich als Religionsgemeinschaft anerkannt.

Neue Freiheiten und die Festigung der Religionsfreiheit in Osteuropa kamen auch den Zeugen Jehovas in den Staaten der ehemaligen UdSSR zu Gute. 1991 wurde in Russland ihre Religionsausübung wieder erlaubt. Aus den ca. 15.000 Zeugen Jehovas 1991 wurden bis 2016 über 170.000. Dieses Wachstum blieb einigen politischen

Kreisen und auch der russisch-orthodoxen Kirche nicht verborgen.

Unter fadenscheinigsten Gründen wurde Gläubige dieser Gemeinschaft dann diskriminiert. In zahlreichen Prozessen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wurde die „Russische Föderation“ deshalb zu Schadenersatzzahlungen wegen menschenrechtswidrigen Verhaltens gegenüber den Zeugen Jehovas verurteilt. Am 18. Juli 2017 wurden die Zeugen Jehovas schließlich durch das Oberste Gericht der Russischen Föderation verboten. Ihr Vermögen (Gotteshäuser/Kirchen und die Zentrale) wurde zugunsten des Staates beschlagnahmt.

Die Gerichtsentscheidung führte zu Ausschreitungen gegen Zeugen Jehovas. Kirchen der Gemeinschaft wurden geschändet, Häuser von Zeugen Jehovas in Brand gesteckt. Kinder von Zeugen Jehovas werden von Lehrern vor der gesamten Klasse gedemütigt. Es gibt Bestrebungen, Eltern, die Zeugen Jehovas sind, das Sorgerecht für ihre Kinder zu entziehen.

All das erinnert an das Martyrium, das Zeugen Jehovas 1933 bis 1945 unter den Nationalsozialisten zu erdulden hatten. Auch dort wurde Kinder von ihren Eltern getrennt, weil diese der Glaubensgemeinschaft

angehörten. Das Präsidium der Lagergemeinschaft und auch das CID protestierten gegen solche Entwicklungen. In Schreiben des Präsidiums der Lagergemeinschaft Dachau an den Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, und den Vorsitzenden des Berufungsgerichts wurde gefordert, den Zeugen Jehovas wieder das Recht auf freie Religionsausübung, wie sie in der russischen Verfassung zugesichert wird, zu gewähren.

Repräsentanten anderer Religionsgemeinschaften in Russland (ausgenommen die russisch-orthodoxe Kirche), selbst der Sekretär der russischen Bischofskonferenz, verurteilen das Vorgehen der staatlichen Stellen und Gerichte gegen die Zeugen Jehovas. (Quelle: <http://www.katholisch.de/aktuelles/aktuelle-artikel/kirche-stellt-sich-hinter-zeugen-jehovas>).

Leider haben die Reaktionen auf das Verbot bisher keine Veränderung der Situation bewirkt. Es bleibt zu hoffen, dass Angehörige dieser Gemeinschaft nicht wieder Opfer menschenrechtswidriger Verfolgung werden.

Guido Hassel,
Referent der KZ Gedenkstätte Dachau



Der Kaminkehrer und seine Frau

Ehepaar half jüdischen Häftlingen im KZ Kaufering



FOTO: PRIVAT

Alois und Maria Elsner mit Sohn Alois

Die Gedenkstätte Yad Vashem ehrt seit 54 Jahren im Namen des Staates Israel und des jüdischen Volkes Nicht-Juden, die ihr Leben riskierten, um Juden während des Holocaust zu retten. Ihnen wird der Ehrentitel „Gerechte/r unter den Völkern“ zuerkannt. Am 24. Oktober 2017 wurde im jüdischen Gemeindezentrum am Münchner Jakobsplatz das Landsberger Ehepaar Alois und Maria Elsner als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt. Der Ehrentitel ist zugleich die höchste Auszeichnung, die der Staat Israel an Nichtjuden verleiht. An der Feier nahmen auch der bayerische Innenminister Joachim Herrmann und der israelische Botschafter in Deutschland, Jeremy Issacharoff, teil.

„Der Mensch entscheidet in jedem Augenblick was er ist – was er sein wird. Das ist die Erfahrung die nicht nur in den Kauferinger Konzentrationslagern, in Dachau, in Auschwitz und genauso in Stalingrad gemacht wurde. Unter diesen Bedingungen hat sich gezeigt zu wessen der Mensch fähig ist. Er hat beide Möglichkeiten – gut und böse. Er hat die Möglichkeit ein Schweinehund zu sein und die Möglichkeit ein Heiliger zu werden. All dessen ist der Mensch fähig – im Guten wie im Bösen“ (Viktor E. Frankl, am ehemaligen KZ-Lager Kaufering III am 11. November 1984). Alois und Maria Elsner entschieden

sich für das Gute – aus Anstand und „weil man so mit Menschen nicht umgeht“. Ab Juni 1944 entstand im Raum Kaufering/Landsberg der größte Außenlager-Komplex des KZ Dachau. Bis Kriegsende waren dort bis zu 23.500 Menschen inhaftiert und leisteten Sklavenarbeit unter härtesten Bedingungen für die deutsche Luftfruchtungsindustrie.

Wegen der menschenunwürdigen Unterbringung in primitiven Erdhütten,

aufgrund von Hunger, Kälte und Typhus, der Ausbeutung der Arbeitskraft bis zur Vernichtung, bezeichneten die jüdischen KZ-Häftlinge die elf Lager des Lagerkomplexes Kaufering als „kalte Krematorien“. Bis Ende Oktober 1944 wurde, wer nicht mehr arbeiten konnte, zurück nach Auschwitz in die Gaskammern geschickt. Ab November 1944 starben die Häftlinge im KZ-Kommando Kaufering/Landsberg und wurden in der Umgebung in Massengräbern vergraben.

Im Kehrbezirk des Kaminkehrers Alois Elsner lagen die Konzentrationslager Kaufering III und Kaufering IV. Während seiner Arbeit konnte er das Elend und die Grausamkeit des Lageralltags beobachten und berichtete seiner Frau Maria. Sie organisierte Medikamente, Lebensmittel sowie Bekleidung. Durch seine Tätigkeit als Kaminkehrer konnte Alois Elsner Kontakte zu KZ-Häftlingen aufnehmen und die „beschafften“ Gegenstände ins Lager schmuggeln.

Das Ehepaar Elsner nahm dabei persönliche Risiken in Kauf und setzte dabei oft ihr Leben

aufs Spiel. Überdies versorgte Alois Elsner die Gefangenen mit Informationen. Etwa wenn er von geplanten Schikanen der SS-Männer erfahren hatte. Oder er teilte den Insassen mit, was er über die militärische Lage durch Abhören von „Feindsendern“ erfahren hatte. Und machte ihnen so Hoffnung, dass der Krieg und damit ihr Elend bald zu Ende sein würden.

Dokumentiert ist dies in Dankesbriefen von Überlebenden und einer gemeinsamen Erklärung mehrerer KZ-Häftlinge vom 21. Juli 1947 zur Vorlage an die amerikanischen Behörden. Bemerkenswert ist vor allem auch eine erhalten gebliebene „Wunschliste“ des jüdischen KZ-Häftlings Stefan Fonyo aus Alsóbogát (Ungarn) über Gegenstände, die Alois Elsner in das Lager schmuggelte.

Alois und Maria Elsner selbst haben über ihr Tun später niemals in der Öffentlichkeit gesprochen. Ihre Menschlichkeit, ihr Verantwortungsgefühl und ihre moralische Haltung haben vielfaches Leid gemildert und Leben gerettet. Alois und Maria Elsner geben uns ein Beispiel dafür, dass Hilfe für Juden durchaus möglich war.

Ihr Sohn Alois nahm stellvertretend für seine verstorbenen Eltern im jüdischen Gemeindezentrum am Münchner Jakobsplatz die hohe Ehre entgegen.

Manfred Deiler, Europäische Holocaustgedenkstätte Stiftung, Präsident

„Ihr geehrter Herr Elsner,
Bitte empfangen Sie meinen
innigsten Dank für Ihre
bis her erweisene Liebes-
würdigkeit. Sie es geht mir
sehr gut, ich mich mit der
folgenden Bitte an Sie
wende. Ich hätte dringend
mehr folgender Sachen:
1. warme Winterhose, warmes
Kleid, Socken & paar
Stiefel, 2. Taschenmesser.
Ich bitte Sie diese Sachen
in der Hoffnung das ich
in kurzer Zeit auf frei-
heit gesetzt werde und
die geliebten Familienangehörigen
wiedersehen und mit Glück
zurück erhalten kann.
Ihre liebevollste Tochter
Stefan Fonyo

„Ich danke Sie sehr
für Ihre Güte und
für Ihre Hilfe.
Mit vielen Grüßen
Ihr jüdischer
Stefan Fonyo
und 1. paar war me
Handschuhe

„Wunschliste“ des Häftlings Fonyo

An die Mitglieder und Freunde der Lagergemeinschaft Dachau, an unsere Spenderinnen und Spender

Herzlichen Dank an alle die die unsere Arbeit auch im vergangenen Jahr wieder unterstützt haben. Wir wünschen allen unseren Mitgliedern, Freundinnen und Freunden alles Gute und hoffen, sie sind gut und gesund in dieses Jahr 2018 gekommen. Ein Jahr mit vielen Jahrestagen, die an die Verfolgungen in der NS-Zeit erinnern. Auch wir wollen als Lagergemeinschaft Dachau hier nach unseren Möglichkeiten manches zur Erinnerungsarbeit beitragen.

Im vergangenen Jahr fand satzungsgemäß unsere Generalversammlung mit Neuwahlen statt. Gewählt wurden: Ernst Grube (Präsident), Dr. Jürgen-Müller-Hohagen (Vizepräsident), Christa Spencer (Kassiererin), Guido Hassel (Schriftführer). Zu Beisitzern im Präsidium wurden gewählt: Ernst Antoni, Gerhild Düring, Gerlinde Dunzinger, Prof. Dr. Ludwig Eiber, Andrea Heller, Klaus Mai, Ingeborg Müller-Hohagen, Klaus Schultz, Esther Silber-Rom, Christl Willmitzer, Peter Willmitzer. Revisoren: Jörg Andlauer, Kurt Schlosser.

Die Lagergemeinschaft Dachau und ihr Präsidium verrichten ihre Arbeit ehrenamtlich. Mitglieder der Lagergemeinschaft sind ehemalige Verfolgte, die in Konzentrationslagern und anderen Verfolgungstätten der Nazis leiden mussten, Angehörige von Gefangenen, die in Dachau und andernorts eingesperrt waren und Menschen, denen das Bewahren des Vermächtnisses der ehemaligen Verfolgten ein Anliegen ist.

Zeit ihres Bestehens hat die Lagergemeinschaft Dachau keine Mitgliedsbeiträge erhoben. Ihre Arbeit finanziert sich aus den Spenden, die ihr von den Mitgliedern, den Freundinnen und Freunden zugehen. Wir bitten deshalb dringend weiter um Spenden. Die Lagergemeinschaft Dachau ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, Spenden können steuerlich geltend gemacht werden.

Wir senden unseren Spenderinnen und Spendern gerne eine entsprechende Spendenbescheinigung zu.

Spendenliste

Dr. Gerloff Jürgen	75,00 €	Willmitzer Christa u. Peter	62,00 €
Schmitz Gisela	20,00 €	Dr.Steinbacher Sybille	50,00 €
Pierdzig Günter	30,00 €	Proft Hans-Joachim	10,00 €
Wagner Thomas	50,00 €	Wilfurth Irmengard	50,00 €
Wermuth William	30,00 €	Wagner Andreas, Wudy Andrea	100,00 €
Kath.Seelsorge	100,00 €	Hilse Peter u.Barbara	50,00 €
Haschek Christine	15,00 €	Winter-Wessely Monika	150,00 €
Finsches Erich	20,00 €	Eichler Wolfgang	50,00 €
Mannheimer Ernst	100,00 €	Dr. Baumann Bernhard u. Gunhild Eichelbauer	100,00 €
Dr. Knobloch Ekkehard	100,00 €	Karlstetter Gertrud	200,00 €
Erbacher-Sarantis Anne	30,00 €		

Danke für die Spenden!

Wir danken allen, die unsere Arbeit unterstützen und freuen uns über jeden Beitrag.

Sollte diesem Heft kein Überweisungsträger beiliegen, hier zur Erinnerung noch einmal die Nummer unseres Spendenkontos:

Sparkasse Dachau

IBAN: DE90 70051540

0280 2793 24

BIC: BYLADEMIDAH

Impressum

Herausgeber: Lagergemeinschaft Dachau e.V. in der BRD, KZ Gedenkstätte Dachau, Alte Römerstraße 75, 85221 Dachau.

Satz: Stefan Schiessl, exploredesign.de

Druck: print24

Verantwortlich: Ernst Grube

Redaktion: Ernst Antoni